



Pressemitteilung

Chaos beim DigitalPakt

Die rückständige Versorgung Deutschlands beim Thema schnelles Internet ist mittlerweile hinlänglich bekannt, und eigentlich hätte man annehmen müssen, dass das Chaos nicht größer werden kann. Immerhin wurde nach mehr als einem Jahr Verhandeln nun der Digitalpakt für Deutschland beschlossen. Die erforderliche Zustimmung der Länder erschien bis zur vergangenen Woche als Formsache. Dann bemerkten einige Ministerpräsidenten, darunter auch der unseres Bundeslandes, dass sie den Digitalpakt ablehnen - wenn es bei den geplanten Grundgesetz Änderungen bleibt.

Es ist für uns als Elternvertreter völlig nachrangig, auf welcher Rechtsgrundlage Gelder für eine sinnvolle Ausstattung der Schulen fließen.

Was wir mit Entsetzen feststellen - hier werden politische Spielchen auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen:

- Kurzfristig vor der Abstimmung im Bundestag wurde ein Passus in die Vorlage geschrieben, der tatsächlich einen unmittelbaren Einfluss des Bundes auf die Bildungspolitik der Länder erlaubt. Das ist natürlich starker Tobak, der den Abgeordneten hätte auffallen müssen.
- Ebenfalls kurzfristig wurde länderseitig entdeckt, dass diese Gelder auch ohne Änderung des Grundgesetzes fließen könnten. Das hätte man im gesamten vergangenen 18!! Monaten schon feststellen können.

Warum müssen solche politischen Winkelzüge so kurz vor dem Ziel sein und warum hat man solche Offenbarungen über andere politische Optionen erst kurz vor Toresschluss?

Der Notstand an den Schulen (fehlender Glasfaseranschluss, mangelnde Server, Hardware und Software an den Schulen, keine gesicherte Betreuung der gesamten IT in den Schulen durch "IT-Hausmeister" (und nicht Lehrer oder gar Eltern wie die Regel derzeit), wenig digitale Lehrmittel und zum ganzen Thema unzureichend ausgebildete Lehrer) **erlaubt keinen weiteren Verzug. Wir können uns nicht damit abfinden, dass die Internetverbindung am Fast-Food Laden auf der anderen Straßenseite auf Jahre hinaus besser ist als in den Schulen.**

Damit ist direkt das nächste Problem beschrieben: die mangelnde Planung und Koordinierung in NRW über die Verwendung der Gelder aus dem Digitalpakt.

Uns wurde zugetragen, dass zum Beispiel ohne Rücksprache mit den Schulen, die eigentlich ein passendes pädagogisches Konzept erstellen sollten, Schulträger einfach Geräte ordern. Bereits bei früheren Investitionswellen wurde Hardware beschafft, die bald veraltet in den Regalen verstaubte und damit Steuergelder mit inkonsistenter Beschaffungshetik vergeudet.

Statt Flickschusterei brauchen wir eine koordinierte Politik aus einem Guss, ohne Machtspielchen zwischen Bund, Land und Kommune, zwischen denen die Interessen und die Zukunft unserer Kinder zerrieben werden. Das betrifft Infrastruktur, Ausgestaltung mit Hardware und Software, pädagogische Konzepte für die Inhalte, - ohne Lobbyismus, aber mit Lehrerausbildung. Und IT-"Hausmeister", die sich um alles kümmern.

Die Landesregierung ist daher dringend aufgefordert, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag nachzukommen und ineffiziente Strukturen zu überdenken.

Sollten Sie O-Töne oder weitere Informationen benötigen: Rufen Sie an oder schreiben Sie uns.

Wir sind kurzfristig gern behilflich. Auch am Wochenende. Meistens :-)

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V.

- Vorstand -

Düsseldorf, den 06. Dezember 2018

Pressekontakt:

presse@le-gymnasien-nrw.de

Ansprechpartner: Dieter Cohnen, Tel.: 0211 17 52 52 8